

LV 7.1.91 (3)

Auf einem schmalen Grat

Befragt: Peer Pasternack vom KMU-Studentenrat

Im SPIEGEL der vergangenen Woche war vom „PDS-Mitglied Pasternack und seinen PDS-Studenten“ zu lesen...

Das ist schlicht und einfach falsch. Ich war und bin nie in einer Partei gewesen. Ein Schreiben an die Redaktion ist unterwegs.

Am Montagnachmittag nun wird der Protestmarsch Berliner Studenten vom Rathaus Wahren zum Uni-Innenhof ziehen. Veranstaltungen dieser Art bergen immer auch die Gefahr, von gewalttätigen Gruppen ausgenutzt zu werden. Sind dagegen Vorkehrungen getroffen?

Wir stehen in einer Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei und stellen dreißig Ordnungskräfte.

Auf der Kundgebung, bei der es vor allem auch um demokratische Mitbestimmung geht, soll nur sprechen, wer sich gegen den Abwicklungsbeschluß stellt. Ist das nicht undemokratisch?

Die Kundgebung ist nicht der geeignete Ort, um unterschiedliche Positionen zur Abwicklung zu diskutieren. Dafür wird es 19 Uhr im Hörsaalgebäude ein Forum geben.

Die Studentenproteste gegen den Abwicklungsbeschluß haben offensichtlich unterschiedliche Adressaten. Gegen wen richtet sich die Kritik?

Zum einen gegen die Landesregierung, insbesondere Wissenschaftsminister Meyer. Zum anderen gegen die Unileitung, die erst konzeptionell untätig war, dann nicht gegen den Beschluß geklagt hat und schließlich in den Verhandlungen mit Meyer die Positionen unseres gemeinsam erarbeiteten Konsenspapiers verlassen hat. Darum fordern wir den Rücktritt von Rektorat und Senat. Doch unsere Kritik richtet sich auch gegen die Wissenschaftler der nunmehr betroffenen Bereiche, die zu wenig für die tatsächliche Erneuerung getan haben. Und schließlich müssen wir uns selbstkritisch eingestehen, im letzten Jahr viel zu wenig Power gemacht zu haben, um die Wissenschaftler zu schonungsloser Selbstevaluierung zu treiben.

Läßt sich das denn noch alles auseinanderhalten?

Unsere Schwierigkeit besteht darin, daß wir uns auf einer Gratwanderung befinden zwischen Abgrenzung von inhaltlichen, strukturellen und personellen Altlasten auf der einen Seite und Abgrenzung von der Art und Weise zentralstaatlich-dirigistischer Aufräumpolitik auf der anderen Seite. Darum haben wir auch unterschiedliche Aktionsformen gewählt. Unkonventionelle Protestformen wie Uniblockade und Rektoratsbesetzung dienen dabei der Verstärkung unserer Positionen innerhalb des konventionellen Handlungsrahmens.

Ist die Forderung nach Rücknahme des Abwicklungsbeschlusses realistisch?

Es ist eine prinzipielle Forderung. Gleichwohl können wir realistisch nur noch auf eine juristische Außerkraftsetzung hoffen. Wenn nicht, werden vernünftige Durchführungsbestimmungen gebraucht, die unsere wesentlichen Kritikpunkte ausräumen.

Noch diese Woche will der Minister diese Bestimmungen vorlegen.

...dann werden wir weitersehen.